



CDU-CSU Fraktion im Deutschen Bundestag • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

An die Mitglieder
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
im Deutschen Bundestag

Im Hause

Berlin, 24. November 2025

Abschluss der Beratungen zum Bundeshaushalt 2026: Sicherheit und Wachstumsbe-schleunigung im Mittelpunkt

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in dieser Woche beraten wir im Plenum abschließend über den Bundeshaushalt 2026. Wir zeigen mit diesem Haushalt erneut unseren klaren Willen, in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten sowie angesichts zunehmender außen- und sicherheitspolitischer Bedrohungen Verantwortung für Deutschland zu übernehmen. Insbesondere durch das neu eingerichtete Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität investieren wir massiv in die Infrastruktur und damit in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Wir halten uns an unsere Versprechen und setzen Schritt für Schritt die im Koalitionsvertrag vereinbarten Prioritäten um.

Die Beratungen im Haushaltausschuss waren äußerst intensiv. Zahlreiche Verbesserungen im Regierungsentwurf wurden durch Umschichtungen und andere Prioritätensetzungen, aber auch durch eine Erhöhung der Nettokreditaufnahme im Kernhaushalt um gut 8 Milliarden Euro (darunter Ukrainehilfe ca. 3 Milliarden Euro und ein Darlehen für die Soziale Pflegeversicherung in Höhe von 1,7 Milliarden Euro) und damit über mehr Schulden finanziert. Berücksichtigt man die Nettokreditaufnahme im Kernhaushalt sowie die Kreditaufnahme für das Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität und das Sondervermögen Bundeswehr, ergibt sich für das nächste Jahr insgesamt eine Neuverschuldung in Höhe von 181,6 Milliarden Euro. Dies verdeutlicht, wie entscheidend es ist, unser Land wieder auf Wachstumskurs zu bringen. Ohne Wirtschaftsaufschwung werden wir die vor uns liegenden fiskalpolitischen Herausforderungen nicht meistern können. Dafür müssen wir auch verantwortungsvoll mit den begrenzten Mitteln im Bundeshaushalt umgehen und dessen Konsolidierung konsequent vorantreiben. Hierzu muss jedes Ressort einen Beitrag leisten, wie es der Bundesminister der Finanzen bereits für den Bundeshaushalt 2027 eingefordert hat.

Insgesamt stimmten wir in der Bereinigungssitzung über knapp 750 Anträge aus allen Fraktionen ab, davon waren fast 300 Anträge von der Koalition. Hinzu kam die Abstimmung über die mehr als 1000 Deckblätter umfassende Bereinigungsvorlage der Bundesregierung. Nach intensiven Debatten zu allen Einzelplänen mit den zuständigen Ministerinnen und Ministern konnten wir die Bereinigungssitzung nach mehr als 15 Stunden um 5:40 Uhr abschließen.

Die wesentlichen Ergebnisse der Ausschussberatungen habe ich Euch als Anlage beigefügt.

Mit freundlichen Grüßen



Christian Haase, MdB

Gesamtübersicht über das Ergebnis der Beratung im Haushaltausschuss**Haushalt 2026**

Ergebnis der Beratung
im Haushaltausschuss des Deutschen Bundestages
Gesamtübersicht

	in Mio. €
I. Ausgaben	
Entwurf	520.476
Steigerung (in Prozent gegenüber Soll 2025)	+3,6
Veränderung	+4.065
Ausgaben neu	524.540
Steigerung (in Prozent gegenüber Soll 2025)	+4,4
Investitionen	
• Entwurf	56.118
• Veränderung	+2.235
Investitionen neu	58.354
II. Einnahmen	
1. Steuereinnahmen	
• Entwurf	383.830
• Veränderung	+3.384
Steuereinnahmen neu	387.214
2. Sonstige Einnahmen	
• Entwurf	46.780
• Veränderung	-7.418
Sonstige Einnahmen neu	39.362
3. Nettokreditaufnahme	
• Entwurf	89.866
• Veränderung	+8.099
Nettokreditaufnahme neu	97.965
4. Abzug aufgrund der Bereichsausnahme des Art. 115 Abs. 2 S. 4 GG	57.573
• <i>Ausgaben der Bereichsausnahme</i>	100.862
• <i>abzüglich 1 % des nominalen Bruttoinlandsprodukts des der Haushaltstaufstellung vorangegangen Jahres</i>	43.290
5. Für die Schuldenregel relevante Kreditaufnahme (3. abzgl. 4.)	40.392
6. Obergrenze der für die Schuldenregel relevanten Kreditaufnahme:	40.392
• <i>Strukturkomponente</i>	15.151
• <i>Konjunkturkomponente</i>	-15.597
• <i>Saldo der finanziellen Transaktionen</i>	-9.644

Differenzen durch Rundung möglich

Im Einzelnen:**Resilienz des Staates steigern - Innere und äußere Sicherheit stärken**

Mit dem Bundeshaushalt 2026 investieren wir erneut in die Widerstandsfähigkeit unseres Landes und stärken unsere gesamte Sicherheitsarchitektur, um den sicherheitspolitischen Herausforderungen unserer Zeit im Innern wie im Äußern gerecht zu werden. Die veränderte Sicherheitslage und die Lehren aus gegenwärtigen Konflikt- und Bedrohungslagen erfordern ein konsequentes Aufholen bei technologischen Entwicklungen. Besondere Priorität haben dabei die Weiterentwicklung der Drohnenabwehr sowie der Schutz kritischer Infrastrukturen, auch im Weltraum.

Der Plafond des Einzelplans 14 beläuft sich im nächsten Jahr auf fast 83 Milliarden Euro, mit dem Sondervermögen Bundeswehr erreicht der Verteidigungshaushalt ein Volumen von über 100 Milliarden Euro. Damit stellen wir auch weiterhin die erforderlichen Mittel bereit, um unsere Streitkräfte entsprechend der NATO-Fähigkeitsanforderungen ausstatten zu können. Dabei haben wir auch schon das neue Wehrdienstmodell im Blick. So haben wir beispielsweise für die Beschaffung und Bewirtschaftung eines Ausstattungssolls an Kampfkleidung und -ausrüstung für bis zu 460.000 Soldatinnen und Soldaten die Vorsorge im Haushalt bis zum Jahr 2034 um gut 20 Milliarden Euro aufgestockt. Wir zeigen damit, dass wir Verantwortung übernehmen und zu unseren NATO-Verpflichtungen stehen. Gleichzeitig senden wir ein starkes Signal an unsere Bündnispartner und bleiben ein verlässlicher Anker in der europäischen Sicherheitsarchitektur. Entscheidend bleibt aber, dass die Bundeswehr ihre Bedarfe belastbar plant, ihre Beschaffungsaktivitäten beschleunigt und die Industrie zügig liefert!

Mit einem Volumen von fast 16 Milliarden Euro bleibt auch der Innenetat ein echter Sicherheitshaushalt. Wir investieren gezielt in die Strukturen, die unser Land im Innersten tragen. Polizei, Verfassungsschutz und Bundeskriminalamt erhalten zusätzliche Mittel, um besser gegen Cyberangriffe, Spionage und Organisierte Kriminalität vorgehen zu können. So erhalten beispielsweise die Spezialkräfte der Bundespolizei, darunter die GSG 9,6 Millionen Euro für moderne ballistische Schutzwesten. Daneben sichern wir den Betrieb und die Weiterentwicklung der TarnApp mit 11 Millionen Euro für die Jahre 2027 bis 2030 langfristig ab. Für den Aufbau der Drohnenabwehr stellen wir im nächsten Jahr zusätzlich 50 Millionen Euro bereit. Davon sind 30 Millionen Euro für Drohnenabwehrsysteme an Verkehrsflughäfen vorgesehen. Weitere 20 Millionen Euro dienen der Ausstattung operativer Drohnenabwehreinheiten mit Drohnenabwehrtechnik. Diese 50 Millionen Euro für das Jahr 2026 sind die Fortschreibung, der bereits im laufenden Jahr überplanmäßig bzw. außerplanmäßig bereitgestellten 80 Millionen Euro für den beschleunigten Aufbau einer Drohnenabwehr.

Zudem stärken wir den Bevölkerungsschutz, das Technische Hilfswerk sowie das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, um schneller auf Krisen und Katastrophen reagieren zu können. So stellen wir beispielsweise mehr als 2 Millionen Euro zusätzlich für die Ausbildung der Bevölkerung in Selbsthilfemaßnahmen bereit. Des Weiteren geben wir dem THW-Bauprogramm einen kräftigen Schub und sorgen für echten Bürokratieabbau. Die bereits im Frühherbst beschlossenen 200 Baumaßnahmen können jetzt beschleunigt durchgeführt werden. Davon profitieren vor Ort auch unsere Kommunen.

Demokratie und Rechtsstaat schützen – Integration und gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern

Wir stärken durch verschiedene Maßnahmen den gesellschaftlichen Zusammenhalt, der für uns die Grundlage für das Miteinander in einem offenen, demokratisch verfassten Staat ist. Mit neuen Maßnahmen zur Islamismusprävention und Islamismusbekämpfung treten wir im Sinne der Demokratie dem politischen Islam entschieden entgegen. Hierfür haben wir in einem neuen Titel insgesamt 9 Millionen Euro ausgebracht. Für Hass und Extremismus darf es in Deutschland keinen Platz geben.

Zusätzlich haben wir die Fördermittel für die jüdische Gemeinschaft, die christlich-jüdische Zusammenarbeit sowie des interreligiösen und interkulturellen Dialogs um 2 Millionen Euro auf gut 39 Millionen Euro angehoben. Die Fördermittel für Projekte zur Holocaust-Erinnerung haben wir bis zum Jahr 2029 um 16 Millionen Euro auf über 37 Millionen Euro erhöht. Diese Aufstockung kommt insbesondere der internationalen Holocaust Gedenkstätte Yad Vashem zugute.

Für Sprach- und Integrationskurse stellen wir weitere 110 Millionen Euro bereit, so dass hierfür im nächsten Jahr über eine Milliarde Euro zur Verfügung stehen. Die im Regierungsentwurf vorgesehenen Kürzungen bei der Migrationsberatung in Höhe von 500.000 Euro haben wir vollständig zurückgenommen und halten damit das bisherige Niveau von 77,5 Millionen Euro.

Daneben haben wir das Modell zum besseren Schutz von Frauen vor häuslicher Gewalt mit insgesamt 3 Millionen Euro verstetigt und die Fortführung des Programms „Stadtteile ohne Partnergewalt“ mit 2,4 Millionen Euro abgesichert.

Mit dem Bundeshaushalt 2026 setzen wir auch ein starkes Zeichen für Kinder und Jugendliche. Wir stärken insbesondere den Kinder- und Jugendplan des Bundes mit weiteren fast 10 Millionen Euro, um Projekte zu fördern, die junge Menschen direkt erreichen. Dazu zählt das Projekt „Off Road Kids“, das bundesweit Jugendliche und junge Erwachsene unterstützt, die von Obdachlosigkeit bedroht sind. Ebenso erhalten die Freiwilligendienste bis zum Jahr 2029 insgesamt 192 Millionen zusätzlich, so dass bis zum Jahr 2029 rund

525 Millionen Euro zur Förderung des gesellschaftlichen Engagements zugunsten des Gemeinwohls zur Verfügung stehen.

Kultur fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt und ermöglicht vielfältige Räume des sozialen Miteinanders. Mit dem Bundeshaushalt 2026 sorgen wir dafür, dass das Programm „KulturInvest“ ausfinanziert wird, so dass alle bewilligungsreifen Projekte 2025 und 2026 umgesetzt werden können. Mit einer neuen Programmscheibe für das Denkmalschutzsonderprogramm in Höhe von rund 50 Millionen Euro gewährleisten wir, dass unser kulturelles Erbe erhalten werden kann. Des Weiteren haben wir den Bundeskulturfonds, den Festivalförderfonds und den Amateurmusikfonds insgesamt um fast 7 Millionen Euro aufgestockt, um die Kulturlandschaft in der Breite zu stärken.

Wirtschaftsstandort Deutschland zukunftsfest gestalten – Sozialstaat und Wohlstand sichern

Nach Jahren der Unsicherheit braucht unsere Wirtschaft wieder Rückenwind. Nur mit einer starken, innovativen Wirtschaft können wir unseren Sozialstaat und unseren Wohlstand langfristig sichern. Für uns ist klar: Um unsere Wirtschaft wieder auf Wachstums- und Innovationskurs zu bringen, bedarf es gezielter Investitionen und Anreize. Wir setzen deshalb mit dem Bundeshaushalt 2026 klare Prioritäten für Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Innovation.

Mit dem Bundeshaushalt 2026 werden die ersten Maßnahmen des im Koalitionsvertrag verankerten Deutschlandfonds mit Finanzmitteln hinterlegt. Die Ausgaben im Zusammenhang mit der Beteiligung der KfW an Rohstoffvorhaben werden um knapp 158 Millionen Euro aufgestockt. So ermöglichen wir, dass der Rohstofffonds kraftvoll mit gut 368 Millionen Euro an den Start gehen kann. Eine verlässliche und nachhaltige Rohstoffversorgung ist essenziell für die Wettbewerbsfähigkeit und die Sicherheit unserer Wirtschaft. Gerade mit Blick auf die aktuelle geopolitische Lage und die angespannte Situation auf den Rohstoffmärkten kommt ihrer Stabilität eine ganz besondere Bedeutung zu.

Daneben haben wir 8 Millionen Euro für Energieinfrastrukturmaßnahmen unter dem Dach des Deutschlandfonds in einem neuen Titel ausgebracht. Wir wollen damit im Energiebereich neue Finanzierungs- und Beteiligungsmöglichkeiten schaffen, um dringend notwendige private Investitionen in unsere Energienetze zu mobilisieren. Zusätzlich haben wir mehr als 7,5 Milliarden Euro als Vorsorge für die sich noch in Prüfung befindliche Minderheitsbeteiligung am Übertragungsnetzbetreiber Tennet Deutschland eingestellt.

Des Weiteren haben wir in den Haushalt eine Vorsorge für das Wachstums- und Innovationskapital des neustrukturierten Zukunftsfonds eingestellt. Somit stehen über das Jahr 2029 hinaus für die Initialisierung der Finanzierung von Wachstums- und Innovationsmaßnahmen sowie zur Steigerung der Resilienz insgesamt 250 Millionen Euro zur Verfügung. Damit

ermöglichen wir dem etablierten Mittelstand und Scale-ups – wie im Koalitionsvertrag vereinbart - ein Investitionsvolumen von bis zu 1 Milliarde Euro. Wir wollen so u.a. auch den hohen Kapitalbedarfen in den Bereichen Biotechnologie, Deep Tech und Künstliche Intelligenz, sowie neu hinzukommend der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie Rechnung tragen.

Um mehr privates Kapital für den Wirtschaftsstandort Deutschland zu gewinnen, haben wir zusätzliche 5 Millionen Euro zur Durchführung der ersten Investorenkonferenz unter Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie eingestellt. Die Investorenkonferenz ist darauf gerichtet, ausländische Greenfield-Investoren sowie deutsche Unternehmen zu konkreten Investitionsentscheidungen in den Wirtschaftsstandort Deutschland zu motivieren.

Wir sind davon überzeugt, dass die Investitionen des Bundes zusätzliche private Mittel mobilisieren und so nachhaltig zu einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands in zukunftsträchtigen Bereichen beitragen. Damit sichern wir zugleich Arbeitsplätze und bauen vor Ort eine zukunftsfähige industrielle Wertschöpfung auf.

Zusätzlich haben wir 1 Milliarde Euro eingestellt, um die Zuschüsse an stromintensive Unternehmen zum Ausgleich von emissionshandelsbedingten Strompreiserhöhungen auf weitere Sektoren ausweiten zu können. Durch Verbesserungen bei der Strompreiskompensation sorgen wir dafür, dass unsere energieintensive Industrie im globalen Wettbewerb bestehen kann.

Auch Handwerk, Schiffbau, Luftfahrt und Außenwirtschaft profitieren von zusätzlichen Mitteln, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Programmen für berufliche Bildung und Weiterbildung stehen bis zum Jahr 2030 gut 100 Millionen Euro zur Verfügung. Beispielsweise erhält das Projekt „Perspektive Transformation Handwerk“ im nächsten Jahr 500.000 Euro. Die Zukunftskonferenz Handwerk wird perspektivisch mit insgesamt 100.000 Euro unterstützt. Für die Forschung und Entwicklung von Maritimen Technologien haben wir gut 13 Millionen Euro zusätzlich eingestellt. Ebenso haben wir den mit dem Bundeshaushalt 2025 neu aufgesetzten inklusiven Digitalpakt verstetigt und stellen dafür bis zum Jahr 2027 insgesamt 5 Millionen Euro bereit. Damit halten wir unser Versprechen aus dem Koalitionsvertrag, den Erwerb digitaler Kompetenzen zu stärken und barrierefreie digitale Infrastrukturen am Arbeitsmarkt sowie in außerbetrieblichen Bildungseinrichtungen auszubauen.

Aber auch für den Sozialstaat engagieren wir uns: Mit einem zusätzlichen Darlehen in Höhe von 1,7 Milliarden Euro für die Soziale Pflegeversicherung wenden wir Beitragserhöhungen für die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler ab. Zur Abfederung von Beitragserhöhungen in der Landwirtschaftlichen Unfallversicherung stellen wir weitere 20 Millionen Euro bereit.

Trendwende im Verkehrsbereich – Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität als Gamechanger für Infrastruktur, Bauen und Wohnen

Im Verkehrsbereich bleibt es bei unserem Versprechen: Alle baureifen Projekte in Deutschland werden gebaut. Zudem stehen schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren, weniger Bürokratie und ein konsequentes Digitalisieren von Verfahren im Vordergrund. Mit Rekordinvestitionen in Straße, Schiene und Wasserstraße von fast 170 Milliarden Euro in den nächsten Jahren schaffen wir eine leistungsfähige und moderne Verkehrsinfrastruktur. Sie ist essenziell für die Unternehmen in Deutschland und für individuelle Mobilität. Spürbares Wirtschaftswachstum hängt maßgeblich davon ab, ob die dafür notwendigen Lebensadern funktionsfähig sind.

Konkret sanieren wir unsere maroden Brücken, reformieren strukturell die Bahn und unterstützen innovative Technologien in den deutschen See- und Binnenhäfen. Wir setzen uns ein, dass die im Jahr 2025 vorgesehenen 105 Millionen Euro für die Trassenpreisförderung der Bahn im SPFV eingesetzt werden und unterstützen die regionale Luftfahrt in der Fläche im nächsten Jahr mit 50 Millionen Euro.

Im Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität stellen wir durch eine erweiterte Zweckbestimmung im Wirtschaftsplan sicher, dass künftig nicht nur die Sanierung von Brücken und Tunneln, sondern auch weitere Erhaltungsmaßnahmen im Bundesfernstraßenbereich finanziert werden können. Dafür stellen wir zusätzlich 3 Milliarden Euro bis 2029 bereit.

Die „Sportmilliarde“, das Programm „Sanierung kommunaler Sportstätten“, setzen wir im nächsten Jahr mit einer neuen Programmscheibe in Höhe von 333 Millionen Euro fort. Ergänzend hierzu haben wir 250 Millionen Euro für ein Programm zur Sanierung von Schwimmbädern eingestellt. Beide Programme ermöglichen, dass zahlreiche sanierungsbedürftige Sportanlagen in Deutschland endlich modernisiert werden können.

Für den Spitzensport stellen wir zusätzlich 150 Millionen Euro zur Verfügung. Damit werden u.a. der Campus Sportdeutschland in Frankfurt/Main, das nationale Schwimmzentrum in Magdeburg und am Bundesstützpunkt Bob/Rodel in Berchtesgaden unterstützt.

Zudem sorgen wir mit 150 Millionen Euro für eine flächendeckende Sanierung der Frauenhäuser.

Mit Hilfe des Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität stellen wir auch im nächsten Jahr die Weichen für mehr Wohnungsbau. Um den Bauüberhang im EH-55 Standard zu aktivieren, stocken wir die Verpflichtungsermächtigungen bis zum Jahr 2036 um gut 234 Millionen Euro auf. Damit stehen 877 Millionen Euro für die Jahre 2027 bis 2036 bereit – ein klarer Impuls für mehr Bauaktivität und bezahlbaren Wohnraum. Auch bei der

Wohneigentumsförderung für Familien haben wir für die Jahre 2027 bis 2036 rund 187 Millionen Euro zusätzlich eingestellt, so dass vom nächsten Jahr an bis zum Jahr 2036 fast 470 Millionen Euro zur Unterstützung von Familien bei der Schaffung des eigenen Zuhauses zur Verfügung stehen. Daneben haben wir das Programm „Altersgerechter Umbau“ wiederbelebt, um barrierefreie Umbauten für Menschen mit Beeinträchtigung ergänzt und dafür eine neue Programmscheibe in Höhe von 50 Millionen Euro ausgebracht – ein wichtiger Schritt für mehr Inklusion und selbstbestimmtes Wohnen.

500 Millionen Euro mehr für Innovationskraft, Technologie-Souveränität und Gesundheitsforschung im Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt

Der Plafond des neuen Zukunftsministeriums, der Einzelplan 30, wurde im Zuge der parlamentarischen Beratungen um 500 Millionen Euro auf insgesamt 21,8 Milliarden Euro aufgestockt. Damit stärken wir auch die Umsetzung der Hightech Agenda Deutschland, mit der wir unser Land zum führenden Standort für neue Technologien machen wollen.

Mit der Nationalen Dekade gegen postinfektiöse Erkrankungen (2026–2035) schließen wir eine zentrale Forschungslücke – etwa bei Post COVID oder ME/CFS – und verbessern Aufklärung, Versorgung und Prävention. Damit stellen wir für diesen wichtigen Bereich Fördermittel in Höhe von jährlich 50 Millionen Euro für die nächsten 10 Jahre bereit.

Und auch die Raumfahrt steht im Fokus: Mit fast 2,4 Milliarden Euro und einer klaren Zielsetzung für die ESA-Ministerratskonferenz Ende November in Bremen stärken wir unseren Anspruch, international vorne mitzuspielen. Raumfahrtinvestitionen sind Investitionen in Fortschritt, Sicherheit und Wohlstand.

Daneben fördern wir den Aufbau von Kompetenznetzwerken. So stellen wir z.B. für den Ausbau der zivilen Sicherheitsforschung bis zum Jahr 2030 mehr als 160 Millionen Euro bereit. Für die Vernetzung im Bereich der jüdischen Gegenwartsforschung haben wir zusätzlich bis zum Jahr 2030 8 Millionen Euro ausgebracht.

Für die Absicherung des 1000-Köpfe-Programms haben wir bis zum Ende der Legislaturperiode gut 600 Millionen Euro eingeplant, um Spitzenforscherinnen und Spitzenforscher für den Wissenschaftsstandort Deutschland zu gewinnen.

Digitalministerium wird fest im Bundeshaushalt verankert

Mit dem Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung hat Deutschland erstmals ein eigenes Digitalministerium das auf Hochtouren arbeitet – ein klares Signal, dass Digitalisierung und Staatsmodernisierung jetzt Chefsache sind und zentral gesteuert werden. Entscheidend für den Erfolg ist aber auch ein eigener Etat. Mit dem Bundeshaushalt 2026

haben wir den neuen Einzelplan 24 erstmalig in Titeln ausbuchstabiert und entsprechende Mittel ausgebracht. Insgesamt beläuft sich der Plafond für das nächste Jahr auf rund 1,4 Milliarden Euro. Im Zuge der parlamentarischen Beratungen haben wir zwar keine Mittelanpassungen vorgenommen, jedoch in sieben Maßgabebeschlüssen zentrale Arbeitsaufträge an das Ministerium formuliert, u.a. zur Umsetzung der NIS-2-Richtlinie.

Internationale Verantwortung übernehmen – Zusammenarbeit ausbauen

Wir engagieren uns weiterhin zusammen mit anderen Ländern der internationalen Staatengemeinschaft dort, wo Hilfe dringend benötigt wird, und bleiben ein verlässlicher Partner. Unsere Beteiligung am Welternährungsprogramm haben wir um fast 12 Millionen Euro aufgestockt, so dass sich Deutschland im nächsten Jahr mit 40 Millionen Euro am Kampf gegen den Hunger beteiligt. Auch die Mittel für Krisenbewältigung, Wiederaufbau und Infrastruktur haben wir um 15 Millionen Euro angehoben. Im nächsten Jahr stehen damit gut 710 Millionen Euro zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit von Menschen und lokalen Strukturen gegenüber den Auswirkungen und Folgen von Krisen zur Verfügung. Unsere freiwilligen Leistungen an Organisationen der Vereinten Nationen sowie die Global Polio Fradication (GPEI) haben wir um insgesamt 14 Millionen Euro erhöht. Davon fließen 10 Millionen Euro in die Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO), die Organisation der Vereinten Nationen für Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit (UN WOMEN) und das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF). Die Mittel für Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft wachsen im nächsten Jahr um über 13 Millionen Euro auf, so dass rund 162 Millionen Euro für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Entwicklungs- und Schwellenländern investiert werden können. Verstärkt haben wir auch die Mittel für die Pflege unserer Beziehungen mit den USA und China, die beide wichtige Handelspartner für unser Land sind.